

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 077/14 vom 14. Februar 2014

Heike Franzen zur Notengebung: SPD, Grünen und SSW verunsichern Eltern und Kinder

Die Bildungspolitikerin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat den Regierungsfractionen angesichts deren heute (14. Februar 2014) öffentlich gewordener Pläne zum Verzicht auf Notengebung eine gezielte Verunsicherung der Eltern vorgeworfen. Franzen warnte darüber hinaus vor einer weiteren Absenkung des Leistungsniveaus an den Schulen:

„SPD, Grüne und SSW wollen den Eltern die für die Wahl der richtigen weiterführenden Schule unbedingt notwendigen Informationen über den Leistungsstand ihrer Kinder verweigern. Diese Regierung setzt darauf, dass verunsicherte Eltern ihre Kinder nicht auf das Gymnasium schicken werden“, erklärte Franzen in Kiel. Noten seien für Eltern und Kinder eine unverzichtbare Hilfe zur Einschätzung des Leistungsstandes.

Die durch SPD, Grüne und SSW vorgenommene Absenkung des Leistungsniveaus werde aus der bereits beschlossenen Reduzierung der verlangten Durchschnittsnote für den Wechsel von der Gemeinschaftsschule auf die Oberstufe deutlich. Diese Voraussetzung wollen SPD, Grüne und SSW von 2,4 auf 3,0 absenken.

„Das zeigt: SPD, Grünen und SSW senken das Niveau, um möglichst viele Kinder in die Oberstufe zu bringen. Dabei sind ihnen die Gymnasien im Weg“,

so Franzen.

Deshalb wolle die Regierung die erfolgreichste - aber bei SPD, Grünen und SSW ungeliebte - schleswig-holsteinische Schulart gezielt kaputt machen. Alle Regierungsarteien hätten in ihren Programmen immer noch die eine Schulart für alle als bildungspolitisches Ziel stehen. Die Arbeitsgruppe Bildung der SPD habe das „2-Wege-Modell zum Abitur“ noch im Dezember vergangenen Jahres ausdrücklich als Zwischenschritt bezeichnet.

Die Methode hinter den rot/grün/blauen Einzelmaßnahmen werde immer deutlicher. Die Abschaffung der Schulartempfehlung hätten SPD, Grüne und SSW bereits beschlossen. Nun folge der Verzicht auf Noten in der gesamten Grundschule. Damit fehlten den Eltern die Informationen für eine kindgerechte Schulartentscheidung nach der Grundschule.

Durch die von SPD, Grünen und SSW beschlossene gleichzeitige Verhinderung der Wechselmöglichkeit zwischen Gemeinschaftsschule und Gymnasium würden die Eltern weiter verunsichert, weil eine falsche Entscheidung nahezu nicht mehr zu korrigieren sein werde.

„Die Bildungspolitik von SPD, Grünen und SSW zielt als erstes auf eine Umerziehung der Eltern. Ich bin aber überzeugt, dass Eltern und Lehrer sich nicht für dumm verkaufen lassen. Die Schulkonferenzen werden an den Notenzeugnissen festhalten“, so Franzen.